

Zeitschrift:	Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber:	Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band:	71 (1991)
Heft:	9
Artikel:	Eine Schweiz zwischen Mythenjagd, Identitätskrise und Verfremdung : Gedanken und Bedenken anlässlich der 700-Jahre-Feier
Autor:	Stadler, Peter
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-164912

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Peter Stadler

Eine Schweiz zwischen Mythenjagd, Identitätskrise und Verfremdung

Gedanken und Bedenken anlässlich der 700-Jahr-Feier*

Die 700-Jahr-Feier der Eidgenossenschaft, die diesen Sommer beginnen wird und die Erinnerung an den zu Augustbeginn (auf Lateinisch: incipiente mense Augusto, also nicht unbedingt am 1. August) 1291 geschlossenen Bund dreier Waldstätte festhält, steht unter einem eigentümlichen Stern. Gerade die Historiker von heute, die Mittelalterforscher allen voran, glauben nicht mehr recht an den staatbegründenden Sinn dieses Dokuments und sprechen von Mythos, d. h. einer Ursprungslegende, die eher geglaubt als rational durchdacht werden könne. Nun bin ich zwar nicht Spezialist dieser Ära, aber ich bin überzeugt, dass jene berühmte Urkunde doch klar aufgebaut und verstehbar ist, daher ebenso wenig mythisch wie etwa die Bundesverfassung von 1848, wenn wir auch — und darin ist den Zweiflern recht zu geben — weit weniger über die Schweiz um 1291 wissen als über diejenige von 1848 oder das Frankreich vom 14. Juli 1789. Immerhin: So viel steht doch fest, dass in jener Zeit des Übergangs vom 13. zum 14. Jahrhundert ein Ablösungsprozess begann, der in einen Bund und damit in eine Staatlichkeit führte (natürlich eine mittelalterliche, keine moderne Staatlichkeit). Wann diese Emanzipation genau und bewusst einzetzte, ehe sie dann mit der Morgartenschlacht von 1315 ins allgemeine Bewusstsein einging, ist hier nicht zu entscheiden und für uns auch nicht so wichtig. Wenn man etwa sagt, jedes Volk brauche seinen Mythos, so ist das weder richtig noch falsch. Mythos heisst ja nichts anderes als die Berichte über den Ursprung einer Nation, in denen sich — je weiter das Ereignis zurückliegt — Gesichertes mit Sagenhaftem zwangsläufig vermengt. Ein Volk braucht also keinen Mythos, es hat ihn ganz einfach — denn die Entstehung eines Staates ist kaum je so genau feststellbar wie die Entstehung eines Menschen. Höchstens für Staaten allerjüngsten Datums trifft dies zu; aber selbst sie haben gelegentlich ihre Ursprungsmythen. Nun leben wir in einer Zeit, die möglichst alles — die Schweiz durchaus inbegriffen — in Zweifel zieht. Dazu gehört auch die erwähnte Mythenjagd, die mitunter bis zur Mythenjagd entarten kann. Ursprungssagen und Schweizerschlachten werden ironisiert, ja beinahe ridikulisiert — fast muss es da als Wunder

* Ansprache zum 1. August 1991, gehalten in Zollikon.

erscheinen, dass eine derart absonderliche Eidgenossenschaft überhaupt entstehen und Schlachten wie bei Sempach sogar gewinnen konnte. Man kann es sich heute leisten, dies zu tun. Unser Land ist, vor allem seit Beendigung des Kalten Krieges, äusserlich so ungefährdet wie seit langem nicht mehr, und ein Experiment wie das der versuchten Abschaffung der Armee ist nur denkbar vor dem Hintergrund dieser Sekurität. Das war keineswegs immer so. Ich gehöre einer Generation an, welche die Bundesfeier von 1941 noch bewusst erlebt hat. Zwar will ich davon weiter kein Aufhebens machen; man kann ja nichts für sein Alter oder für seine Jugend — aber soviel hält die Erinnerung doch fest, dass es damals niemandem eingefallen wäre, Sinn und Existenzberechtigung der Schweiz in Frage zu stellen, zu einem Zeitpunkt, als das Dritte Reich einen grossen Teil Europas beherrschte und den Rest zu unterjochen im Begriff war. Man klammerte sich in jenem düsteren Sommer 1941 förmlich an die heroischen Ursprünge dieser Selbstbehauptung, weil man ihrer für den Alltag bedurfte; die Invasion konnte jederzeit kommen und die Existenz der Schweiz auslöschen. Dass es nicht soweit kam, hing mit der Katastrophe des Russlandfeldzuges zusammen, die auch dem Westen Zeit zum Atemholen gab.

Die Schweiz als Überlebenskünstlerin

«*Wir sind noch einmal davongekommen*», dieser verdeutschte Titel eines 1945 im Zürcher Schauspielhaus aufgeführten Dramas von *Thornton Wilder* widerspiegelt jedenfalls ziemlich genau die Gefühle der Dankbarkeit, die «uns» — die Schweiz als ein Kollektivum — damals überkamen und noch auf lange Jahre beherrschten. Dass diese Gunst des Schicksals dem Land schon zum zweiten Mal in einem Weltkrieg widerfuhr, hat zweifellos auch zu unbedachter Selbstzufriedenheit und der Überzeugung geführt, die Vorsehung meine es ganz besonders gut mit uns, und es könne uns im Grunde auch künftig bei ähnlicher Vorsicht nicht eben viel passieren. Nun weiss man, dass eine ähnliche Gnade der Verschonung der Schweiz schon im 17. und 18. Jahrhundert zuteilgeworden war, als die grossen europäischen Kriege vor ihren Grenzen haltmachten, und dass dann doch recht überraschend 1798 die grosse Heimsuchung in Form einer fremden Eroberung über das Land gekommen war — just zu einem Zeitpunkt, da die Französische Revolution an gefährlicher Explosivkraft schon etwas eingebüsst hatte. Wenn also die Geschichte etwas lehrt, dann dies, dass man sich niemals sicher fühlen soll — noch ist das Jahrhundert nicht zu Ende, und was das nächste bringen wird, ist vollends ungewiss. Wie rasch weltpolitische Schönwetterlagen ändern und in ihr Gegenteil umschlagen können, haben wir vor kurzem anlässlich des Golfkrieges erlebt; damals glück-

licherweise aus sicherer Entfernung. Nun bietet sich ja (vom Sonderfall Jugoslawien abgesehen) der Kontinent verheissungsvoller und friedlicher dar als je zuvor: Die Blöcke sind geschmolzen; die *Einheit Europas* zeichnet sich ab, für manche Zeitgenossen ein faszinierender Anblick, weil es etwas Ähnliches überhaupt noch nie gegeben hat: kein von einer Grossmacht unterjochtes Europa wie zur Zeit Napoleons oder Hitlers, sondern ein Europa gleichberechtigter Teile und Nationen, das jahrhundertealte Rivalitäten endlich auf den Schutthaufen der Vergangenheit zu werfen verspricht. Die Verlockung, sich dieser werdenden Einheit anzuschliessen, ist um so grösser, als dieses Europa mit seiner Mehrsprachigkeit und seiner demokratischen Struktur manches Wichtige von dem enthält, was auch zum Wesen der Schweiz gehört. Ist der Kontinent somit im Begriff, sich zwar spät, aber doch nicht zu spät, nach dem Modell unseres Landes zu entwickeln? Sehen wir etwas näher zu. Als der bedeutende Historiker *Ernst Gagliardi* in den gefahrdrohenden 1930er Jahren die Neufassung seiner «*Geschichte der Schweiz*» schrieb, leitete er sie mit den Worten ein: «*Über dem schweizerischen Staate der Gegenwart schwebt als seine platonische Idee der Gedanke der völkerverbindenden Einheit. Für das durch Sprachen- oder Rassenkämpfe so grausam verwüstete Europa wirkt der Zusammenschluss anderswo getrennter Stämme gleich der Zukunftshoffnung des ganzen Erdteils.*» Der Vorbildcharakter war gerade damals durch die Anerkennung des Rätoromanischen als der vierten Landessprache erneut bekräftigt; die Schweiz schien wirklich das vollbracht zu haben, was andere Nationen vergeblich anstrebten: die Gleichberechtigung der Teile auf der Basis einer föderalistischen Staatsordnung. Föderalismus aber heisst in der Schweiz bekanntlich die Selbständigkeit der Kantone in einem Bundesstaat, notfalls auch gegenüber demselben, ohne aber aus ihm herauszustreben. Ein Kind des Föderalismus ist ja auch die für die Schweiz besonders charakteristische direkte Demokratie mit Referendum und Initiative — erprobt zuerst in den Kantonen, ab 1874 dann sukzessive auch in den Bundesstaat übernommen. Wenn man also gelegentlich vom *Sonderfall Schweiz* spricht, so hat dies insofern seine Berechtigung, als es drei Elemente gibt, die dieser Formel einen Sinn verleihen: der Sprachenfriede, der Föderalismus und die immerwährende Neutralität, die in den europäischen Kriegen eigentlich seit Beginn der Neuzeit — genau: seit Marignano — praktiziert wurde, aber dann 1815 mit dem Wiener Kongress ihre völkerrechtliche Anerkennung und Sanktion erfuhr.

Schweizerische Einmaligkeit

Gewiss kann jede geschichtlich gewachsene Nation beanspruchen, ein Sonderfall zu sein — das gilt von Frankreich oder Deutschland ebenso wie

von Portugal oder Schweden —, aber die erwähnten drei Elemente sind, wenn ich richtig sehe, doch eine schweizerische Einmaligkeit. Das hängt keineswegs mit einer besonderen politischen Veranlagung der Schweizer zusammen, sondern hat ganz nüchterne Voraussetzungen. Den Sprachenfrieden als Problem kannte die alte Eidgenossenschaft überhaupt nicht: Bis zu ihrem Untergang 1798 bestand sie nur aus XIII deutschsprachigen Orten oder Kantonen; nicht-deutsch wurde nur in zugewandten Orten oder in Untertanengebieten gesprochen. Erst seit 1798 hat sich das von Grund auf verändert, als französischsprachige sowie ein italienischsprachiger Kanton hinzukamen und 1978 das welsche Element nochmals durch den Kanton Jura verstärkt wurde. Entscheidend aber war, dass alle drei Hauptsprachen zugleich europäische Hoch- und Kultursprachen waren, die nicht einfach minorisiert werden konnten: dieser Umstand bot ihnen einen starken Schutz.

Die Neutralität ist ja auch kein Dogma geworden: Noch im 19. und im frühen 20. Jahrhundert, dann wiederum im Zusammenhang mit dem Völkerbund und neuerdings mit der UNO oder EG, wurde und wird sie gelegentlich hinterfragt, in ihrem Nutzen und ihrer Notwendigkeit relativiert. Ob zu Recht? Persönlich halte ich dafür, dass man sich solche Kritik durchaus leisten kann, sie mag zu Zeiten sogar fruchtbar erscheinen. Geschichtliche Erfahrung lehrt jedoch, dass die Eidgenossenschaft jeweilen immer dann, wenn die internationale Lage wirklich gefährlich wird, von Alternativen gerne absieht und sich lieber hinter den Schutzwall zurückzieht, den die Neutralität eben doch, bei allem Wenn und Aber, darbietet. Der Föderalismus, um das dritte Stichwort aufzugreifen, hat die Eidgenossenschaft seit ihren Anfängen begleitet und gleichsam konstituiert. Sie war ein Staatenbund einzelner Orte, die weitgehende Selbständigkeitssrechte wahrten. Allerdings mit Einschränkungen. In der Aussenpolitik z.B. waren sie nie völlig unabhängig, allenfalls waren sie es gruppenweise. So im konfessionellen Zeitalter, als die fünf katholischen Orte der Innerschweiz einerseits, Zürich und Bern andererseits (gelegentlich unterstützt durch Basel und Schaffhausen) kooperierten.

Autonomie mit Einschränkungen

Die *Gemeindeautonomie* endlich kann man als Weitergabe des Föderalismus nach unten verstehen. Sie ist ihren Ursprüngen nach sehr alt und reicht bis zu den Allmendgenossenschaften oder Alpgenossenschaften der Urkantone zurück, dieser Präformation der späteren Staatsbildung, die ja der Schweizerischen *Eid-Genossenschaft* auch ihren Namen gegeben hat. Wichtig, ja fundamental, ist sie denn auch vor allem in den ländlichen Kan-

tonen über alle Zeiten hinweg geblieben; ihre radikale Beschneidung in der Helvetik hat wesentlich zur Diskreditierung dieses einheitsstaatlichen Experiments gerade auch in ländlichen Gegenden beigetragen. In städtischen Kantonen verhielt es sich allerdings anders; da ging die Herrschaftsbildung eindeutig von den Hauptorten aus. Die Gemeindeautonomie stand da recht früh schon auf schwachen Füßen. Das bekam auch Zollikon zu spüren, um nur ein Beispiel unter vielen herauszugreifen. Als diese Gemeinde nach dem Sieg der Reformation Anstalten traf, noch einen Schritt weiterzugehen und sich dem Täufertum anzuschliessen, griff Zürich streng durch und duldet solche Extravaganz nicht. Ganz ähnlich reagierte Bern, als die Gemeinden des Berner Oberlandes lieber katholisch geblieben wären, ihren Traditionen und der innerschweizerischen Nachbarschaft zuliebe. Mit Gewalt hatte die Aarestadt dort die Reformation durchgesetzt und einen Aufstand niedergewalzt. Und so weiter und so fort, bis in die Zeiten der Stäfener Wirren, des Bockenkrieges (am Seeufer gegenüber) und der Sonderbundskrise. Ist das heute anders? Dass eine Gemeinde wie Moutier/Münster ihre Kantonszugehörigkeit nicht einfach durch Mehrheitsentscheid wechseln kann, ist begreiflich — denn eine solche Grenzveränderung berührt interkantonales wie Bundesrecht. Aber selbst in der belastendsten Frage gegenwärtiger schweizerischer Innenpolitik, derjenigen der Asylanten (auf die wir gleich zurückkommen werden), sind den Gemeinden weitgehend die Hände gebunden. Natürlich gibt es noch immer schöne Restbestände der Gemeindeautonomie, an denen wir uns erlauben können und die uns bei jeder Gemeindeabstimmung in Erinnerung gerufen werden — aber das ändert nichts an der Tatsache, dass der reale Spielraum gleichwohl eingeschränkt bleibt. Nun kann natürlich kein moderner Staat auf der Basis der Gemeindeautonomie bestehen, aber diese Feststellung allein reicht nicht aus.

Europa als Verlockung und Risiko

Die Kompetenzen des Bundes haben in diesem Jahrhundert, vor allem auch unter dem Druck zweier Weltkriege, so stark zugenommen, dass die Zentralisation, allen Instrumenten der direkten Referendumsdemokratie zum Trotz, fast unaufhaltsam um sich greift, so dass man sich fragen kann, wie lange unser Sonderdasein sich längerfristig noch von demjenigen der anderen europäischen Staaten unterscheiden wird. Auch das ist ein Aspekt des allmählichen Hineinwachsens unseres Landes in die europäische Integration und keineswegs ein nebensächlicher. Gewiss kann man sich trösten, dass dieses neue Europa praktisch durchwegs aus Demokratien von ähnlicher Struktur bestehe. Man vergisst dabei nur, dass es eben Demokratien

und Demokratien gibt, dass alle westlichen Demokratien aus Monarchien (einige sogar aus Diktaturen) hervorgegangen sind, kaum eine jedoch die Tradition einer eigenständigen Demokratie aufweist, wie sie nun einmal zur schweizerischen Besonderheit gehört. Einordnung bedeutet daher zwangsläufig auch Einebnung, bedeutet Anpassung — wie auch schon in früheren Zeiten, als ein geeintes Europa lockte oder drohte. Zwang zeichnet sich jetzt schon ab, im Druck der Verkehrspolitik etwa und dem vielbesprochenen 40-Tonnen-Korridor, der das Land sehr ungleich trifft und für einzelne Kantone und Regionen vermutlich von katastrophalen Umweltkonsequenzen wäre. Dem Europäischen Wirtschaftsraum geht es in erster Linie um die Billigung und Übernutzung unserer Alpentransversalen (gegebenenfalls auch mittels Leerfahrten). Gäbe es keinen Gotthard- und keinen Bernhardino-Tunnel, das Interesse Europas an uns wäre erheblich geringer. Im übrigen lehrt die Erfahrung, dass bei jeder grossen Wirtschaftsdepression die europäischen Staaten sich auf sich selber besinnen und zum Wirtschaftsprotektionismus zurückkehren — so um 1880 und dann wieder ein halbes Jahrhundert später. Allein schon solche Reminiscenzen sollten uns vor Illusionen bewahren. Welcher Gefahr aber ein Land ohne Bauernstand (und das heisst bei uns auch: ohne Bergbauern, mit entvölkerten Bergregionen) ausgesetzt ist, lehrt jeder grössere Krieg — nur vergisst man nach längeren Friedensjahrzehnten diese Lehren alsbald wieder. Das ist nicht einfach ein beiläufiges Lamento. Jede Zeit lebt mit ihren besonderen Bedrohungen. Wenn ich recht sehe, so ist die Schweiz gegenwärtig zwar kaum einer realen militärisch-politischen Gefahr ausgesetzt — was sich, wie gesagt, jederzeit ändern kann —, um so mehr aber einer längerfristigen ökologischen, die weniger leicht unter die Haut geht als etwa die Kriegsdrohung eines Diktators, die immer auch einen innenpolitischen Solidarisierungseffekt auslöst. Umweltgefährdung nimmt man dagegen leichter, hält die Gefahr für doch nicht so gross, ja man entwickelt eine eigentliche Verdrängungsstrategie, vor allem dann, wenn es um Einschränkung liebgewonnener Lebens- und Konsumgewohnheiten geht. Zeitungen und Regierungen machen solche Unentschiedenheiten jeweilen mit, sind dem Druck von Interessengruppen ausgesetzt und reagieren, wenn überhaupt, spät und hinhaltend; am liebsten verschiebt man einen Entscheid aufs nächste oder auf künftige Jahre. Gemeinden aber haben auch hier nur einen ganz begrenzten Entscheidungsraum.

Fehlende Asylpolitik

In dieser Politik des Zögerns und des Verschleppens sehe ich auch die andere Gefahr, nun aber eine spezifisch schweizerische, die der sogenannten *Asylpolitik*. Ich sage sogenannt, weil im Grunde jeder weiß, dass es sich

nur in den wenigsten Fällen um wirkliche Asylpolitik handelt. Indessen betreibt man eine Philosophie des Als-ob; man tut so, als wären es wirkliche Asylanten im herkömmlichen Sinne, verliert sehr viel Zeit mit Prozeduren und Rekursen, so dass jeder Immigrant, der es einigermassen geschickt anstellt, einen längeren Aufenthalt auf Staatskosten gewährleistet bekommt, gewissermassen als Entschädigung für seine Reise- und Schlepperauslagen. Die Tatsache der illegalen Einwanderung wird kaum noch vermerkt, geschweige denn bestraft; das Argument, man habe gar keinen ordentlichen Antrag stellen können, wird einfach hingenommen, so wie ein träger Lehrer jede Schülerausrede hinnimmt. Nun ist dieses Thema besonders heikel, weil darauf eine geschichtliche Hypothek aus dem Zweiten Weltkrieg lastet: Tausende von Juden, die damals über die Grenzen zurückgewiesen und in den Tod geschickt wurden. Sie bilden für jede schweizerische Flüchtlingspolitik ein schweres Trauma, und das wirkt auch heute noch in der falschen Metapher vom «vollen Boot» nach. Falsch ist das Bild deshalb, weil man ein Rettungsboot so rasch wie möglich wieder verlässt; die Asylanten aber wollen die Schweiz gar nicht verlassen, sondern sich hier festsetzen. Von diesem Trauma profitieren jetzt Zehntausende, die in unser Land drängen, obwohl sie jenseits unserer Grenzen überhaupt keiner Bedrohung ausgesetzt sind, freilich mit weniger attraktiven Bedingungen rechnen müssen. Gewiss kann man sagen, die Schweiz sei von diesem Menschenstrom nicht allein betroffen, es handle sich eben um eine weltweite Wanderbewegung von den armen in die reichen Länder. Daran ist etwas Richtiges, aber es ist bei weitem nicht die ganze Wahrheit. Zum ersten sind die illegalen Einwanderer, die unser Land heimsuchen, keineswegs die ärmsten, können es auch gar nicht sein, da die Spesen einer derart weiten Migration (inklusive Schleppergebühren) so hoch sind, dass sie nur von einer zahlungskräftigen Gruppe aufgebracht werden können. Wirklich Arme und Verhungernde, etwa im Sudan und in Bangladesch, sind mangels Mittel ausserstande, sich auf den Weg zu machen. Zum zweiten ist es nicht einfach so, dass die Schweiz ein Einwanderungsland neben anderen wäre; sie wird aus der Ferne ganz gezielt aufgesucht. Nur so ist zu erklären, dass bestimmte Völkerschaften, die bei uns übervertreten sind, in anderen Ländern fast ganz fehlen; z.B. Tamilen gibt es in Österreich kaum. Mir selbst hat jemand, der an einer türkischen Universität lehrt (übrigens dem dortigen Regime keineswegs unkritisch gegenübersteht), gesagt, es sei in der Türkei eben allbekannt, mit welch geringen Risiken man in die Schweiz einwandern könne. Dies zu verhindern, wäre durchaus möglich, setzt aber den Willen voraus, es auch zu tun. Heutige Asylpolitik kann eben nicht nur in der Bereitstellung von Unterkünften bestehen, was im Grunde bereits eine innere Kapitulationsbereitschaft markiert, sondern in einer wirksamen Abschirmung der Grenzen.

Rassismus als missbrauchter Begriff

Daran aber fehlt es: Jedes bisherige Asylgesetz war so konzipiert, dass es scheitern musste, weil es zu viele Verzögerungsfaktoren enthielt (z.B. Rekursmöglichkeiten) — man fühlt sich an das Wort des Dichters Grillparzer erinnert: *«auf halben Wegen und zu halber Tat mit halben Mitteln zauderhaft zu streben»*. Dies auch wegen des helvetischen Zwangs zu Kompromissen. Denn der *Asylantismus*, wie ich das Phänomen einmal nennen möchte, hat eine sehr starke und protestreaktive Lobby, die zwar die täglichen und nächtlichen Invasionen stillschweigend hinnimmt, aber bei jeder Rückweisung lautstarke Entrüstung erhebt; diese Lobby findet ihre Stützen in den Medien, die teilweise ganz in ihrem Sinne kontrolliert sind und eine eigentliche Zensur und Meinungslenkung auf diesem Gebiet wahrnehmen. Ein Beispiel: Gewaltakte gegen Fremde werden am Fernsehen prompt erwähnt und kommentiert (z.B. Aktionen gegen Asylantenheime), Gewaltakte von Asylanten dagegen (auch wenn sie sich bis zu Morden oder Beteiligung am Drogenhandel steigern) mit diskretem Schweigen übergegangen. Weitgehend verdrängt von diesen Medien wird überhaupt der immer mehr umsichgreifende Asylkriminalismus. Hingegen wird der Eindruck erweckt, als seien viele Schweizer rassistisch und fremdenfeindlich. Das grenzt an Masochismus. Wer so spricht, sollte folgende Frage stellen: Wie würden asiatische Völker, z.B. in der Türkei oder Sri Lanka reagieren, wenn Zehntausende von Mitteleuropäern sich illegal in ihrem Land festsetzten. Es ist klar, dass es da Abwehrreaktionen gäbe, die nichts mit Ideologien oder dergleichen zu tun hätten. Überhaupt sollte das Reiz- und Inflationswort Rassismus niemand gebrauchen, der nicht in der Lage ist, es adäquat zu definieren. Unter *Rassismus* versteht man eine Weltanschauung, die davon ausgeht, dass alle Gegensätze in der Gesellschaft und in der Geschichte letztlich auf Rassenkämpfe zurückzuführen sind, so wie der historische Materialismus von Marx und Engels davon ausgeht, alle Konflikte auf Klassenkämpfe zu reduzieren. Zugrunde liegt dieser Weltanschauung im weitern die Überzeugung, dass die eigene Rasse die wertvollste sei und ihr letztlich der Sieg zukommen müsse — so wie ein konsequenter Marxist an den Sieg des Proletariats als der Klasse der Zukunft glaubt. Natürlich ist in beiden Anschauungen ein richtiger Ansatz — es gibt Rassen- und Klassenkämpfe in der Geschichte —, aber er darf keinesfalls verabsolutiert werden. Schon gar nicht kann man von der Überlegenheit einer bestimmten Rasse ausgehen, lediglich davon, dass bestimmte Rassen ihre Siedlungsgebiete haben und es berechtigte Widerstände gibt, wenn sie auf andere Regionen übergreifen. Das aber ist gegenwärtig der Fall. Grosse Teile unseres Volkes sind einfach überfordert durch das Zuviel an fremden Menschen, die das Bild unserer Plätze, öffentlicher Verkehrsmittel und

Bahnhöfe manchmal schon fast dominieren. Die Schweiz hat schliesslich das Recht, ein europäisches Land zu bleiben, so wie Pakistan oder Senegal das Recht haben, asiatische bzw. afrikanische Länder zu sein und zu bleiben. Wenn aber von den Schweizern immer wieder Verständnis für diese Fremden verlangt wird, dann muss das Gleiche auch für die Gegenseite gelten, die Einsicht nämlich, dass es einmal genug ist, dass ein Gastland auch überfordert werden kann. Kurz: Viele fühlen sich im eigenen Lande verfremdet, ja terrorisiert. Diese Verunsicherung und Verfremdung breitet sich immer mehr aus.

Künstlich gelenkte Asylantenzuströme

Nun weiss ich wohl, dass wirtschaftliche Interessen bei der heimlichen Förderung des Asylantenzustroms im Spiel sind; das Bedürfnis nach billigen Arbeitskräften verbindet sich bürgerlicherseits mit den Ideologien von links, die möglichst unbeschränkt die Schweiz offenhalten wollen für alle, die in unser Land hineindrängen. Ja, sie möchten die Eingewanderten (und noch Einwandernden) geradezu institutionalisieren, zum festen und unkritisierten Bestandteil unseres sozialen Systems erhoben sehen. Darüber droht immer mehr das in die Brüche zu gehen, was man unter der schweizerischen *Identität* versteht, d.h. die Übereinstimmung dessen, was unser Land ist, mit dem, was es war — ein Bewusstsein der Zugehörigkeit, das sich nicht einfach mit Redensarten von notwendiger Veränderung und Weltoffenheit wegretouchieren lässt. Dieser Identitätsverlust gefährdet zugleich den Föderalismus wie die Gemeindeautonomie. Wenn nämlich den Kantonen und den Gemeinden bestimmte, stets wachsende Kontingente von land- und kontinentfremden Menschen aufgezwungen werden, so entsteht damit nichts anderes als eine Art *Besatzungszustand*. Der Bund verhält sich faktisch so, als hätte die Schweiz einen Krieg gegen die Türkei oder gegen Sri Lanka bzw. Jugoslawien und andere Länder geführt, verloren und sich friedensvertraglich verpflichtet, bestimmte Bevölkerungsüberschüsse dieser Länder in seinen Kantonen bzw. Gemeinden unterzubringen. Da verblassen alle Beschwichtigungen; zurück aber bleibt der Zwang, sich irgendwie abzufinden. Wohlverstanden: Meine Kritik richtet sich nicht in erster Linie gegen die Asylanten — die kommen ja nur, weil man sie förmlich dazu auffordert durch Belohnungen wie Gratisunterbringung, Taschengeld, Neubekleidung und dergleichen mehr bis zur Aussicht auf baldige Arbeitsbewilligung mit Kinderzulagen —, sie wären geradezu töricht, wenn sie statt der Schweiz ein anderes Land aufsuchten, das ihnen derlei Vorzüge nicht bietet. Unsere Behörden sind demgegenüber wie gelähmt. Anlässlich der Volksabstimmung zur Asylvorlage vom 5. April

1987 wurde noch eine Stabilisierung verheissen; davon ist heute keine Rede mehr. Man nimmt's wie's kommt und was kommt. Das kleine *Liechtenstein* verkörpert demgegenüber das Modell einer konträren, mehr auf Selbstbewahrung ausgerichteten Asylpolitik, die leichtfertig unternommene Wanderungen von einem Kontinent zum anderen nicht belohnt. Ich halte diese Einstellung deshalb für konstruktiv, weil sie — würde sie von mehr Staaten befolgt — sogenannte «Reisen der Hoffnung» (wie literarische Beschönigung das nennt) an ihren Ursprüngen bremsen würde. Das käme allen Beteiligten zugute und fiele um so mehr ins Gewicht, als unser Land mit der höchsten Ausländerquote von Europa ohnehin überlastet ist. Nun hat die schweizerische Asylpolitik ihre Tradition, vor allem im 19. Jahrhundert, und die wird der Gegenwart gelegentlich auch lobend in Erinnerung gerufen, etwa in dem Sinne: An der liberalen Schweiz von damals könnte die von heute sich ein Beispiel nehmen. Nun, als Historiker kenne ich jene Zeit und muss dazu bemerken, dass die damalige Asylpolitik wohl relativ liberal war, aber in dem Sinne, dass sie den Asylanten — hiessen sie nun Richard Wagner, Lenin oder waren sie unbekannt — keinerlei staatliche Unterstützung gewährte; sie mussten schon selber sehen, wovon sie lebten. Das ergab von selbst eine Kanalisierung und Beschränkung auf «echte Flüchtlinge»; denn irgendwelche wirtschaftlichen Verlockungen für Asylanten existierten nicht. Wer nicht musste, blieb nicht länger als nötig in der teuren Schweiz. Ganz anders heute, wo man für den illegal erzwungenen Aufenthalt erst noch bezahlt wird. Die Hoffnung aber auf eine Trendwende (wie *Bundesrat Koller* in seiner Zürcher Rede sagte) scheint mir angesichts des ständig wachsenden Zustroms ebenso optimistisch wie unbegründet, solange nicht ein wirklicher Wille zur Abwehr besteht. Leider vermag mich auch die Aussicht auf *Entwicklungshilfe* nicht zu beruhigen, im wesentlichen aus zwei Gründen. Was die Immigranten suchen und aufsuchen, ist ein Land mit einer voll ausgebauten Infrastruktur, die ihnen sofort zu Diensten steht, ein Land mit hohen Löhnen. Die Entwicklungshilfe aber wirkt — wenn überhaupt — nur sehr langfristig, zudem meines Erachtens — und das ist das zweite — nur dann, wenn sie mit effizienten Massnahmen zur Geburtenkontrolle gekoppelt würde; sonst besteht die Gefahr, dass sie einfach einer erhöhten Geburtenexplosion dient und somit kontraproduktiv wirkt. Man sieht: auf eine Gesinnungsänderung der Wandernden zu hoffen oder zu warten, ist wenig sinnvoll — der Wille zur Veränderung, zum Aufbruch in ein behaglicheres Land, bleibt auf jeden Fall die Dominante, das Leitmotiv ihres Tuns. Im Unterschied zu den schweizerischen Auswanderern des 19. Jahrhunderts, die gelegentlich als Vergleich herbeigezogen werden, ist aber zu bemerken, dass es damals keine oder kaum eine illegale Einwanderung nach Ländern gab, die von Schweizern nichts wissen wollten — zudem waren sie (im Unterschied zu den Asylan-

ten) Entwicklungshelfer in teilweise noch fast unerschlossenen Gebieten oder sie brachten ein bestimmtes «Know-how» mit (wie z.B. die Bündner Konditoren). Davon kann jetzt keine Rede sein. Sie sehen: Ich bin gerne bereit zu geschichtlichen Vergleichen — nur müssen diese dann auch stimmen.

Ein Auffangbecken?

Aber die Schweiz als reiches Land, hat sie nicht höhere Verpflichtungen? — So lautet die naheliegende Standardfrage. Ich muss auch da differenzieren. Nach meiner bisherigen Lebenserfahrung gibt es nicht so sehr reiche Länder, als Länder mit relativ vielen reichen und selbst sehr reichen Leuten. Diese heben natürliche den Wohlstandsdurchschnitt — so wie in einer Schulkasse mit etlichen Spitzenschülern der Notendurchschnitt emporgezogen wird, keineswegs zur Erleichterung der schwächeren Schüler. Gerade da aber liegt das Problem. Unter dem Übermass an fremden Menschen leiden primär nicht die Wohlhabenden, die sich nach Wohnlage und Lebensweise eher distanzieren können, sondern die Minderprivilegierten, die täglichen und oft unangenehmen Kontakten ausgesetzt sind. Hinzu kommt, dass Wohlstand heute weitgehend mit Wohneigentum identisch ist — nur ein Haus, aus dem man nicht vertrieben werden kann, gibt Sicherheit —, und da macht die Schweiz im europäischen Mittel bekanntlich keine gute Figur. Am Kampf um den stets knapper werdenden Wohnraum aber — und das sind wohl die bittersten, aufreibendsten Notsituationen in der gegenwärtigen Schweiz — hat die stets zunehmende Fremdeinwanderung ihren wesentlichen Anteil. Sie ist daran keineswegs alleinschuldig, aber doch mitbeteiligt, wie eben auch an der ökologischen Überlastung unseres Landes. Dies nicht sehen zu wollen, gehört übrigens zu den entscheidenden Schwächen der grünen Ideologie. Denn es ist klar, dass diese Einwanderer nicht gekommen sind, um hier das karge Leben ihrer Heimat fortzusetzen; sie wollen so rasch als möglich an den Konsumgewohnheiten unseres Landes teilhaben. Die landeseigene Armut aber ist gegenüber derjenigen der Einwanderer deutlich benachteiligt, zieht weniger fürsorgliche Aufmerksamkeit des Bundes auf sich, vor allem dann, wenn es eine verschwiegene Armut ist, die Bittstellereien scheut. Da wird die Redensart vom reichen Land fast zum Zynismus. Die Meinung, Schweizer Arme müssten sich selber helfen, zugelaufenen Armen dagegen müsste rasch und unbedingt geholfen werden, ist amtlich weit verbreitet. Gewiss: Diese Einwanderer sind Menschen — das dürfen wir nie vergessen. Aber jemanden in seinem Menschsein bejahen, heisst nicht unbedingt, ihn auch in seinen Wanderwünschen bejahen zu müssen. Nicht alle passen überall hin — das gilt auch für uns.

Ein letztes noch. Als Hauptmotiv der Wanderung und der Asylsuche gelten die politischen Verhältnisse in den Herkunftsländern, vorab die der Dritten Welt. Sicher sind sie in vielen Ländern schlimm, manchmal sogar katastrophal. Bürgerkriege und innere Wirren gehören da fast zur Tagesordnung. Unter der europäischen Kolonialherrschaft gab es das ganz einfach deshalb nicht, weil jeder Gouverneur daran interessiert war, dass solche Unruhen in seinem Machtbereich nicht ausbrachen; sonst wäre er seinen Posten losgeworden und seine Karriere wäre abgeschlossen gewesen. Ich sage das ohne nostalgischen Beiklang und weine dem Kolonialismus keine Träne nach; nur hatte vermutlich damals die Masse der Beherrschten in Asien und Afrika ein weniger bedrohtes Leben als heute; profitiert hat von der Dekolonisation in erster Linie die kleine Schicht einer politisch aktiven Elite. Dass nun aber unser Land, das niemals Kolonien besass — nicht aus Tugend, sondern wegen des Mangels an Meerküsten und demzufolge einer Marine —, dass nun dieses kleine und übervölkerte Land ausgegerechnet als Vorzugsobjekt postkolonialer Migrationen herhalten soll, erscheint paradox. Die Schweiz hat keine Raumreserven wie Kanada oder Australien; sie darf nicht einfach zum Opfer und Auffangbecken all der inneren Konflikte in Sri Lanka, der Türkei, Jugoslawien und anderswo werden — so wenig sie selber im Falle eines schweizerischen Bürgerkrieges darauf Anspruch erheben könnte, dass ihre Flüchtlinge in Asien oder sonstwo aufgenommen würden.

Und die Zukunft?

Nun kann man mir entgegenhalten, ich hätte das ganze Problem überzogen und strapaziert, es gebe andere, die ebenso wichtig seien oder noch wichtiger. Das sehe ich anders. Was meiner Meinung nach mit den täglichen und nächtlichen Grenzüberschreitungen heute im Gange ist, ist nichts als eine Invasion in Permanenz, die neue Variante eines gleichsam unerklärten Krieges der Wandervölker gegen unsere relativ stabilen Verhältnisse — durchaus vergleichbar den Völkerwanderungen der Spätantike, die ja zunächst ebenso aus permanenten Infiltrationen wie offenen Kriegshandlungen bestanden; der wirklich gewaltsame Angriff kam jeweilen dann, als die Verteidigungsmöglichkeiten bereits unterhöhlt waren. Wenn aber neuerdings betont wird, es gehe darum, die Zuwanderungen aus fernen Gebieten zu verschliessen und dafür solche aus dem EG-Raum zu ermöglichen, übersieht man die Massen der Nichteuropäer, die heute die Staatsbürgerschaft dieser Länder besitzen und denen dann der Zutritt nicht verwehrt werden könnte. Kurz: Ich sehe hier ein grosses, ständig anwachsendes Konfliktpotential voraus, Anlass zu wirklichen Rassenkonflikten, von

denen unser Land bisher gerade noch verschont geblieben ist. Es ist klar, dass all die fremden Menschen, die jetzt noch froh sind, hierbleiben zu können, mit der Zeit höhere Forderungen stellen werden — und sie haben auch die entsprechende Macht dazu in einem Land, in dem es jetzt schon mehr Türken als Urner oder Appenzeller und mehr Jugoslawen als Thurgauer gibt. Denn die Stärkeren setzen sich in der Geschichte gerade auch dann durch, wenn sie äusserlich zunächst nicht als die Stärkeren erscheinen. Schon jetzt betätigen sich Eingewanderte recht oft an gewaltsamen politischen Manifestationen. Was sich darüber hinaus in Brüssel, Paris und anderswo abspielte, ist auch bei uns möglich, ja wahrscheinlich, wenn man — wie bisher — dem Zustrom überhaupt nicht oder mit untauglichen Mitteln begegnet. Niemand wird sich dann darauf hinausreden können, das habe sich nicht voraussehen lassen — es ist ein Spiel mit dem Feuer, das da getrieben wird und das in einigen Jahrzehnten (vielleicht aber schon früher) zum Schicksalsproblem unseres Landes und Kontinentes werden kann. Denn das ist überhaupt eine zentrale Frage aller europäischen Integration — wie europäisch wird dieses Europa um die Jahrtausendwende überhaupt noch sein?

Wahrnehmungen und Sorgen

Friedrich Dürrenmatt hat kurz vor seinem Tod in einer Rede von der Möglichkeit gesprochen, dass die Schweiz auch einmal untergehen könnte, und damit viel Staub aufgewirbelt. Zu Unrecht, wie mir scheint. Wie der ältere Mensch, so kann und soll auch ein älterwerdender Staat daran denken, dass seine Tage einmal gezählt sein könnten. Historisch spricht sogar manches für diese Eventualität: Von den vielen Klein- und Mittelstaaten, die es zu Beginn der Neuzeit noch gab, sind die meisten untergegangen, denken wir nur an die einst so reichhaltige Staatenwelt Italiens oder Deutschlands. Allerdings knüpft sich daran sogleich eine Frage. Ein Staat geht ja nicht unter wie ein Ozeandampfer, er hinterlässt einen Raum, ein Volk, eventuell eine Nation. Im Falle Italiens oder Deutschlands lag die Lösung — die des nationalen Einheitsstaates — auf der Hand. Dass die verschiedenen Teile der Schweiz nicht gut in Deutschland, Frankreich und Italien aufgehen können, leuchtet wohl allen Schweizern ein. Eine Aufgliederung in Regionen aber wäre noch schwieriger, weil darunter jeder etwas anderes versteht und auch räumlich überzeugende Rezepte nicht vorliegen. Dazu kommt, dass die Schweiz eine Mittel- und Ausgleichsfunktion im europäischen Kontinent immer wieder erfüllt hat — das zeigt sich schon daran, dass ihre Besetzung in napoleonischer Zeit als offensichtliche Gleichgewichtsstörung betrachtet und nicht einfach hingenommen wurde.

Manches, ja fast alles spricht dafür, dass es auch künftig so bleiben wird — eine Eroberung unseres Landes durch eine Grossmacht würde wahrscheinlich noch weniger geduldet als diejenige Kuwaits. Man sieht: Auch ohne viel Patriotismus drängt sich gerade von einem internationalen Standpunkt eine Variante der Einsicht Voltaires auf: *Si la Suisse n'existe pas, il faudrait l'inventer*. Diese Einsicht allein gewährleistet allerdings noch keine Sicherheit. Neben den Bedrohungsgefahren von aussen gibt es auch solche von innen, und da bin ich nach allem Gesagten weit weniger zuversichtlich. Manchmal frage ich mich sogar, ob der 700-Jahr-Feier auch noch eine 800-Jahr-Feier folgen wird und, wenn ja, in welchem Zustand sie unser Land vorfindet.

Pessimismus? Vielleicht, wenn man den hier aufgezeigten Zusammenhang von Mythenjagd, Identitätskrise und Verfremdung so bezeichnen will. Was ich sagte, ist nicht etwa Ausdruck momentanen Unmuts, sondern entspringt jahrelangen Wahrnehmungen und Sorgen. Ich habe deshalb bewusst diese Ansprache so formuliert, dass ich auch noch später dazu stehen kann. Mein Bemühen ging dahin, alle Argumente abzuwägen und keinem auszuweichen. Vielleicht hätten Sie sympathischere und erhebendere Worte erwartet; die musste ich Ihnen leider schuldig bleiben. Immerhin zeigt die Vergangenheit — dies wenigstens ein tröstlicher Ausblick — immer auch die Regenerationsfähigkeit der Staaten, ihren Willen und die Kraft zur Selbstbehauptung; auch da sind sie nicht nur resistent, sondern auch findig, ja bisweilen innovativ. Die Zukunft wird lehren, ob meine Befürchtungen sich als zu schwarz erweisen sollten, ob unser Land nicht ganz ungeahnte Kräfte auch der Krisenbewältigung aufbringt. Dies sei ganz am Schluss doch festgehalten.

«Ihr werdet überrascht sein, wenn ihr mich besucht, schon unterwegs überall freundliche Dörfer mit schönen Häusern, und dann, je mehr Ihr Zürich nähert, und gar am See hin, ein durchgreifender Wohlstand; Dörfer und Städtchen haben ein Aussehen, wovon man bei uns keinen Begriff hat. Die Strassen laufen hier nicht voll Soldaten, Akzessisten und faulen Staatsdienern, man riskiert nicht, von einer adeligen Kutsche überfahren zu werden; dafür überall ein gutes, kräftiges Volk und um wenig Geld eine einfache, gute, rein republikanische Regierung, die sich durch eine Vermögenssteuer erhält, die man bei uns überall als den Gipfel der Anarchie ausschreien würde.»

Aus einem Brief Georg Büchners vom 20. November 1836 an seine Familie, Zit. in: Peter Stadler, *Die Schweiz als Exilland, Offenheit und Eigeninteressen in fünf Jahrhunderten*, abgedruckt in: *Zwischen Mächten, Mächtigen und Ideologien*, Zürich 1990, S. 197.